

VORLÄUFIG (12.7.14)

LANDESPARTEITAG

2014.1

LÖWENBERG

5.4.2014

Inhaltsverzeichnis

TOP 01 - Eröffnung und Begrüßung durch den Vorstand.....	2
TOP 02 - Wahl der Versammlungsleitung.....	2
TOP 03 - Wahl der Protokollführung.....	2
TOP 04 - Satzungsgemäße Einladung.....	3
TOP 05 - Beschlussfähigkeit der Versammlung.....	3
TOP 06 - Beschluss über die Zulassung von Gästen.....	3
TOP 07 - Beschluss über die Zulassung von Audio-, Bild- und Video.....	3
TOP 08 - Beschluss der Tagesordnung.....	3
TOP 09 - Beschluss der Geschäftsordnung.....	3
TOP 10 - Wahl des Wahlleiters und der Wahlhelfer.....	3
TOP 11 – Wahlen.....	4
TOP 11.2 - Nachwahl Ersatzschiedsrichter Landesschiedsgericht.....	4
TOP 11.2.1– Vorstellung der Kandidaten für die Ersatzschiedsrichter.....	4
TOP 11.3 – Nachwahl Ersatzschiedsrichter.....	4
TOP 12 – Satzungsänderungsanträge.....	5
TOP 13 - Programmänderungsanträge.....	8
TOP 13.1 - Programmänderungsanträge für das Grundsatzprogramm.....	8
TOP 13.1.1 GP001 -.....	8
TOP 13.1.2 GP002 - Respekt bei der politischen Auseinandersetzung.....	8
TOP 13.2 - Programmänderungsanträge für das Wahlprogramm.....	8
TOP 13.2.1 WP001 - "Übernahme WP004 in das Wahlprogramm".....	8
TOP 13.2.2 WP002 - Wahlprogramm der Piraten Brandenburg.....	9
TOP 13.2.5 WP017 - Änderung Bildungspolitisches Programm in Bezug auf Medienerziehung.....	10
TOP 13.2.6 WP003 - Attraktive Ansiedlungsbedingungen für Ärzte im ländlichen Raum schaffen.....	10
TOP 13.2.8 WP005 - BER aufgeben! Nachnutzungskonzept! Neues Standortsuchverfahren!.....	10
TOP 13.2.10 WP006 - Lärmschutz für den BER.....	11
TOP 13.2.11 WP007 - Nachtflugverbot für den BER.....	11
TOP 13.2.12 WP008 - Keine weitere Landebahn für den BER.....	11
TOP 13.2.13 WP010 - Änderungsantrag zu "Verkehrspolitik im Land Brandenburg".....	11
TOP 13.2.14 WP004 Barrierefreier ÖPNV und WP011 - Änderungsantrag zu "Erforschung	

und Einsatz alternativer ÖPNV-Modelle" konkurrierend.....	12
TOP 13.2.15 WP012 - Poker.....	12
TOP 13.2.16 WP015 - Seniorenbetreuung für Brandenburg.....	13
TOP 13.2.17 WP016 - Seniorenbetreuung für Brandenburg.....	13
TOP 13.2.18 WP018 – einheitliche gesetzliche Haftpflicht für Hebammen.....	13
TOP 14 - Positionspaiere.....	13
TOP 14.1 Positionspapier Q001 Energieleitbild 2034 und Q002 Zukunft(s) Land Brandenburg.	13
TOP 14.2 Positionspapier Q003 Modernes Abi.....	13
TOP 14.3 Positionspapier Q004 Hauptamtliche Seniorenbeauftragte.....	14
TOP 15 - Sonstige Anträge.....	14
TOP 14.1 X001 - Keinen Datenpool schaffen.....	14
TOP 14.2 X002 - Beitragseinzug durch den Landesverband.....	15
TOP 14.3 X003 - Einrichtung einer ständigen Redaktionskommission.....	15
TOP 14.4 X004 - Unterstützung der internationalen Koordination.....	15
TOP 14.6 X006 - Unfallversicherung abschließen.....	15
TOP 14.8 X008 - Barrierefreie Veranstaltungen der PIRATEN Brandenburg.....	16
TOP 14.9 X009 - Ablehnung von Gewalt und Gewaltverherrlichenden Aktionen.....	16
TOP 14.10 X010 - Themenauswahl zur Landtagswahlkampagne (Approval Voting).....	17
TOP 14.10 X015 - Beauftragung der Kandidaten durch den Landesparteitag.....	17
TOP 14.11 X011 - legitime Protestformen: Sit-ins und (Sitz-)blockaden.....	17
TOP 14.12 X012 - Lizenzen anpassen.....	17
TOP 14.13 X013 - Ankündigungsfrist von Landesparteitag.....	18
TOP 14.14 X014- Versandt der Mitgliedsausweise durch den Bundesverband.....	18
TOP 17 - Sonstiges.....	18
TOP 18 - Schließung der Sitzung.....	18

TOP 01 - Eröffnung und Begrüßung durch den Vorstand

Die Versammlung wird um 10:47 Uhr durch Anke Domscheit-Berg eröffnet.

Anke Domscheit Berg begrüßt die Anwesenden im Namen des Landesvorstandes der Piratenpartei Brandenburg.

TOP 02 - Wahl der Versammlungsleitung

Gerhard Anger kandidiert als Versammlungsleiter

Gerhard Anger wird in einer offenen Abstimmung einstimmig zum Versammlungsleiter gewählt.

Gerhard Anger bedankt sich bei der Versammlung,

Gerhard Anger eröffnet nochmals formal die Versammlung um den Anforderungen der Satzung zu genüge zu tun.

Stellvertretender Versammlungsleiter: Vorschlag Friedrich Schuhmann

Friedrich Schuhmann wird in einer offenen Abstimmung mehrheitlich zum stellv.

Versammlungsleiter gewählt.

TOP 03 - Wahl der Protokollführung

Rene Streich kandidiert als Protokollführer und wird in einer offenen Abstimmung mehrheitlich zum Protokollführer gewählt.

TOP 04 - Satzungsgemäße Einladung

Es wurde ordnungsgemäß eingeladen

TOP 05 - Beschlussfähigkeit der Versammlung

Anzahl der stimmberechtigten Piraten 127

Akkreditierte: 32 Personen

Die Versammlungsleitung stellt die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest

TOP 06 - Beschluss über die Zulassung von Gästen

Gäste werden von der Versammlung einstimmig zugelassen.

TOP 07 - Beschluss über die Zulassung von Audio-, Bild- und Video

Audio- und Videoaufnahmen werden von der Versammlung mehrheitlich zugelassen.

TOP 08 - Beschluss der Tagesordnung

Die vorläufige Tagesordnung wurde in der Einladung mitgeteilt (siehe Wiki der Piratenpartei Brandenburg)

Die Tagesordnung wurde einstimmig angenommen

Anträge auf Änderung der Tagesordnung:

Antrag auf Änderung

Behandlung der Anträge X005, X007 vor dem TOP 11.3 Nachwahl der Ersatzschiedrichter

Keine Aussprache zu diesem Antrag

Keine Gegenrede zu diesem Antrag

Damit ist der Antrag angenommen

Antrag auf Änderung zur Tagesordnung

WP004 und WP011 sind konkurrierend zu WP010

TO 13.2.7 streichen und 13.2.7 und 13.2.14 zusammenführen und als 13.2.14 neu behandeln

Antrag auf Änderung der TO ist angenommen

Aussprache zu diesem Antrag

Keine Gegenrede, damit ist der Antrag angenommen

TOP 09 - Beschluss der Geschäftsordnung

<https://wiki.piratenbrandenburg.de/Parteitag/2013.2/Gesch%C3%A4ftsordnung>

Antrag auf Änderung der GO

https://wiki.piratenbrandenburg.de/images/0/07/Aenderungsantrag_GO.pdf

Die Geschäftsordnung ist einstimmig angenommen

TOP 10 - Wahl des Wahlleiters und der Wahlhelfer

Es wird gefragt, wer als Wahlleiter und Wahlhelfer fungieren möchte.

Raimond Heydt wird für das Amt des Wahlleiters kandidieren

Raimond Heydt wird einstimmig von der Versammlung gewählt

Jeannte Peach, Thomas Bennühr , Thomas Langen, Andreas Schramm wird für das Amt des Wahlhelfer kandidieren

Jeannte Peach, Thomas Bennühr , Thomas Langen, Andreas Schramm werden einstimmig von der Versammlung als Wahlhelfer gewählt.

Abstimmung über die Anträge X005

Antragstext

Der Antrag wird von Bastian vorgestellt,
Es findet eine Aussprache zu den Antrag X005 statt,
Antrag auf ein Meinungsbild

Antragstext

"Der Parteitag nimmt den derzeitigen Zustand des Landesvorstandes zur Kenntnis und ist mit der Regelung des Vorstandes in Beziehung der Finanzen zufrieden"

Das Meinungsbild ist mehrheitlich positiv
Aussprache zu dem Meinungsbild
Wortmeldungen zu dem Meinungsbild werden abgearbeitet
Keine weiteren Wortmeldungen
Schlusswort des Antragstellers
Abstimmung zu dem Antrag X005
Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

X007 - Beisitzer für den Landesvorstand wählen

Antragstext

"Auf dem LPT 2014.1 sollen mindestens zwei (weitere) Beisitzer gewählt werden."

Vorstellung des Antrages durch Bastian
Wortmeldungen zu den Antrag
Es findet eine Aussprache statt
Es gibt weitere Wortmeldungen
GO-Antrag auf schließung der Rednerliste
die Rednerliste ist geschlossen
Schlusswort des Antragstellers
Abstimmung zu dem Antrag X007
Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

TOP 11 – Wahlen

TOP 11.2 - Nachwahl Ersatzschiedsrichter Landesschiedsgericht

Aussprache zu den Wahlen der Erstschiedsrichter
Wortmeldungen zu der Lage des Schiedsgerichts
Versammlungsleitung erklärt das die Wahlen zu den Ersatzschiedsrichtern formal korrekt ist.

Hinweist der VL zu den Wahlen

(4) Miteinander unvereinbar sind die Ämter Vorstand, Schiedsrichter, Ersatzschiedsrichter und Kassenprüfer. Das Versammlungsamt Rechnungsprüfer kann nicht vom scheidenden Vorstand oder von scheidenden Kassenprüfern ausgeübt werden.

Übergabe von der Versammlungsleitung an den Wahlleiter

TOP 11.2.1– Vorstellung der Kandidaten für die Ersatzschiedsrichter

TOP 11.3 – Nachwahl Ersatzschiedsrichter

Der Wahlleiter eröffnet die Kandidatenliste

Vorschläge:

Frank Erfurt

Sebastian Krone (will nicht)

Sebastian Bretag

Die Kandidatenliste ist geschlossen

Die Kandidaten stellen sich vor

Frank Erfurt:

SV Potsdam

Es gibt keine Fragen, an den Kandidaten

In Vertretung des Kandidaten stellt Skff den Kandidaten

Sebastian Bretag vor

Es gibt eine Frage an den Kandidaten

Keine weiteren Fragen

Der Wahlleiter eröffnet die Wahl zum Ersatzschiedsrichtern

Es wird Approval-Voting durchgeführt.

Es ist eine Einzelwahl und keine Gesamtwahl

Der Wahlleiter erklärt das Wahlverfahren, es wird eine geheime Wahl stattfinden.

Verwendet wird der Stimmzettel mit der Nummer:1

Frank Erfurt hat die Kandidatennummer :1

Sebastian Bretag hat die Kandidatennummer:2

Die Wahlhelfer zeigen die leeren Wahlurnen

Der Wahlleiter stellt fest die Urnen sind leer, die Wahlurnen werden verschlossen

Der Wahlgang wird eröffnet

Der Wahlgang ist geschlossen

Es wird ausgezählt,

Ergebnis der Wahl zum Ersatzschiedsrichter

35 abgegebene Stimmen

35 gültige Stimmen

0 gültige Stimmen

Frank Erfurt hat die Kandidatennummer : 28 Stimmen

Sebastian Bretak hat die Kandidatennummer 2: 12 Stimmen

damit ist Frank Erfurt gewählt
Frankt Erfurt nimmt die Wahl an

TOP 11.3.1 – Vorstellung der Kandidaten für die Kassenprüfer

Die Kandidatenliste ist eröffnet
Verständnisfrage aus der Versammlung
"Müssen wir einen Kassenprüfer wählen, ist es überhaupt nötig?"
Antwort: Die Wahl ist optional, es muss kein Kassenprüfung nachgewählt werden.
Die Kandidatenliste ist geschlossen
Die Wahl entfällt da keine Kandidaturen erklärt wurden.
Die Wahlleitung übergibt wieder an die Versammlungsleitung

TOP 12 – Satzungsänderungsanträge

TOP 12.1 SÄA001 – Antragsfrist auf 4 Wochen verkürzen

Antragstext:

In § 15, Absatz 1 der Landessatzung soll "fünf" durch "vier" ersetzt werden
Fassung bei Annahme des Antrages:
(1) Satzungs- und Programmänderungsanträge sowie Anträge, die auf die Tagesordnung des nächsten Landesparteitages gesetzt werden sollen, können jederzeit gestellt werden, spätestens jedoch sind sie vier Wochen vor Tagungsbeginn des kommenden Parteitages einzureichen.

Konkurrierend SÄA002

Antragstext:

In § 15, Absatz 1 der Landessatzung soll "fünf" durch "drei" ersetzt werden
Fassung bei Annahme des Antrages:
(1) Satzungs- und Programmänderungsanträge sowie Anträge, die auf die Tagesordnung des nächsten Landesparteitages gesetzt werden sollen, können jederzeit gestellt werden, spätestens jedoch sind sie drei Wochen vor Tagungsbeginn des kommenden Parteitages einzureichen.

Der Antrag wird vorgestellt
Zum Antrag gibt es eine Aussprache.
Wortmeldungen zu den Antrag erfolgen
Der Versammlungsleiter erläutert eine Passus aus der Satzung
Weitere Wortmeldungen zum den Anträgen SAÄ001 und SAÄ02
Es gibt keine weiteren Redebeiträge
Schlusswort des Antragsteller´s
Der Versammlungsleiter erläutert das der Antrag SAÄ001 und SAÄ002 sich gegenseitig ausschließen

Abstimmung für die Annahme des SAÄ001

5x dafür Stimme
Abstimmung SAÄ002
1 dafür Stimme

der Antrag SAÄ002 fällt weg, es wird nur über den SAÄ001 abgestimmt
Abstimmung über den Antrag SAÄ001
der Antrag benötigt eine 2/3-Mehrheit,
Der Antrag erreicht nicht die 2/3-Mehrheit,

TOP 12.3 SÄA003 - Neufassung §2 (2) Landessatzung

Antragstext:

Der Paragraph §2 (2) der Landessatzung wird wie folgt neugefasst (neue Bestandteile fett markiert):

3/31 Antragsbuch LPT 2014.1 4/31

"§ 2 Mitgliedschaft (1) Mitglieder des Landesverbandes sind die Mitglieder der Piratenpartei Deutschland, die ihren Wohnsitz im Bundesland Brandenburg haben.

(2) Über die Aufnahme von Mitgliedern entscheidet der Vorstand der niedrigsten Gliederung nach Zustimmung des Landesvorstandes. Diese gilt als erteilt, wenn der Landesvorstand sich nicht innerhalb von 14 Tagen zum Aufnahmeantrag äußert. **Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen niedrigster Gliederung und Landesvorstand entscheidet das Landesschiedsgericht über die Aufnahme.** Besteht keine den Beitritt sort umfassende Gliederung, so entscheidet der Landesvorstand. Die nachfolgenden Gliederungen können die Entscheidung über die Aufnahme von Mitgliedern dem Landesverband übertragen. Der Landesvorstand entscheidet dann im Einvernehmen mit den Vorständen der Gliederungen.

(3) Gegen die Ablehnung der Aufnahme kann der Antragsteller bei der Mitgliederversammlung des Landesverbandes Widerspruch einlegen, die abschließend entscheidet.

(4) Im Übrigen gelten die §§ 2, 3 und 5 der Bundessatzung in ihrer jeweils geltenden Fassung.

(5) Sämtliche in dieser Satzung verwendeten personenbezogenen Bezeichnungen gelten für Menschen jeden Geschlechts, ungeachtet der jeweils, zur Vereinfachung der Lesbarkeit, gewählten generischen Femina, Maskulina oder Neutra."

Der Antrag wird vorgestellt von
Zum Antrag gibt es eine Aussprache über den Antrag
Wortmeldungen zu den Antrag SÄA003 - Neufassung §2 (2) Landessatzung laufen
Keine Wortmeldung zu erkennen
Kein Schlusswort der Antragsteller
Abstimmung über den Antrag: SÄA003 - Neufassung §2 (2) Landessatzung

Die Versammlungsleitung lässt Auszählen

Der Wahlleiter zählt aus
22 Stimmen dafür
9 Stimmen dagegen

Der Antrag erfüllt die 2/3 Mehrheit und ist damit angenommen,

TOP 12.4 SÄA004 - Einfügung eines Paragrafen 30a "Schutzbestimmungen für Wahlen und Abstimmungen"

Der Landesparteitag möge beschließen: Die Landessatzung wird um einen Paragrafen 30a ergänzt, der aus folgenden Modulen aufgebaut wird:

Modul 1

Bei geheimen Wahlen und Abstimmungen auf Landesparteitagen oder Online-Parteitagen sind mindestens die demokratischen Standards zu erfüllen, die für geheime Wahlen und Abstimmungen auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene durch das Grundgesetz gelten.

Modul 2

Bei nicht geheimen Wahlen und Abstimmungen muß der Wähler oder der Abstimmende persönlich als stimmberechtigt identifizierbar sein.

Modul 3

Werden digitale Hilfsmittel zur Akkreditierung, Stimmabgabe oder Auswertung der abgegebenen Stimmen eingesetzt, muß sichergestellt werden, daß jeder Schritt nachvollziehbar erfolgt und auf Anforderung eines einzelnen Piraten durch analoge Hilfsmittel überprüft werden kann. Bei geheimen Wahlen und Abstimmungen ist dabei sicherzustellen, dass das Wahlgeheimnis in jedem Schritt gewahrt bleibt.

Der Antrag wird vorgestellt

Zum Antrag gibt es eine Aussprache

Wortmeldungen laufen

Der Antragsteller antwortet auf die an ihn gestellten Wortmeldungen

Meinungsbild zu dem Antrag SÄA004

Antragstext:

"Onlineparteitage sollen bis auf weiteres, wenn überhaupt, nur nicht geheime Wahlen und Abstimmungen betreffen und dabei stimmberechtigte persönliche Identifizierbarkeit sicherstellen. Geheime Wahlen und Abstimmungen auf Onlineparteitagen sind nicht vor Aufnahme geeigneter Schutzbestimmungen in die Landessatzung möglich."

Abfrage des Meinungsbildes

Das Meinungsbild ist unheitlich bei einer geringer Beteiligung

Der Versammlungsleiter stellt aber fest das es leicht positiv ist

Der Versammlung schlägt noch eine Redaktionelle Änderung vor:

Antragstext:

"Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Landessatzung wird an einer geeigneten Stelle einem § ergänzt"

diese Änderung benötigt eine einfache Mehrheit,

Die Versammlungsleitung lässt abstimmt

die Versammlung ist mit der Redaktionellen Änderung mehrheitlich einverstanden,

Abstimmung über den Antrag SÄA004

Der Versammlungsleitung möchte das Ausgezählt wird,

Ergebnis der Auszählung

17.Stimmen dafür

10.Stimmen dagegen

Der Antrag hat die 2/3 Mehrheit in seiner Gesamtheit nicht erreicht
Es werden die einzelnen Module Abgestimmt,

Modul 1 wird abgestimmt

Es wird ausgezählt

18. Stimmen dafür
8. Stimmen dagegen

damit hat das Modul 1 die 2/3 Mehrheit erreicht

Abstimmung über das Modul 2

Es wird ausgezählt

19. Stimmen dafür
9. Stimmen dagegen

damit hat das Modul 2 die 2/3 Mehrheit erreicht

Abstimmung über Modul 3

Es wird ausgezählt:

17 Stimmen dafür
10 Stimmen dagegen

Modul 3 hat nicht die 2/3 Mehrheit erreicht
Damit ist Modul 1 und Modul 2 angenommen

Die Versammlungsleitung unterbricht die Versammlung bis 13:30 Uhr
Mittagspause bis 13:30 Uhr
Die Versammlung wird fortgesetzt um 13:30 Uhr
Die Versammlungsleitung stellt ein Meinungsbild

Antragstext:

"Ist die Versammlung der Ansicht den Landesparteitag heute zu Ende zu bringen"

Was denkst du als Versammlungsleitung ? Ist das zu schaffen?

VL: ja ich gehe davon aus!

Ergebnis des Meinungsbildes:

Es fällt mehrheitlich positiv aus.

Antrag auf Änderung der TO

Antragstext:

"Ergänzung der Tagesordnung von einem weiteren Antrag X0013"

keine Gegenrede - angenommen

TOP 13 - Programmänderungsanträge

TOP 13.1 - Programmänderungsanträge für das Grundsatzprogramm

TOP 13.1.1 GP001 -

Antragstext

...oder anderen Merkmalen. Die Piratenpartei setzt sich für die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention ein. ...

wurde zurückgezogen
der Antrag wird nicht übernommen

TOP 13.1.2 GP002 - Respekt bei der politischen Auseinandersetzung

Antragstext

Hiermit wird beantragt, am Ende der Präambel des Landesprogrammes folgendes einzufügen:
Wir Piraten in Brandenburg distanzieren uns von gewalttätigen Handlungen sowie menschenverachtenden und kriegsverherrlichenden Äußerungen. Wir distanzieren uns aber auch von Aktionen gegen Menschen mit anderen, auch radikal anderen politischen Ansichten, wenn diese Aktionen bewusst auch darauf ausgerichtet sind, diese Menschen in ihrer Persönlichkeit zu verletzen. Wir Piraten in Brandenburg sind grundsätzlich bereit zum Dialog mit allen, die auf gewalttätige Handlungen sowie menschenverachtende und kriegsverherrlichende Äußerungen verzichten.

Der Antrag wird vorgestellt ,
Zum Antrag gibt es eine Aussprache und es werden Wortmeldungen erteilt
Der Antragssteller hält sein Schlusswort
Der Antragssteller zieht den Antrag zurück
Der Antrag wird nicht Übernommen
Die Versammlungsleitung schließt den TOP 13.1

TOP 13.2 - Programmänderungsanträge für das Wahlprogramm

TOP 13.2.1 WP001 - "Übernahme WP004 in das Wahlprogramm"

Antragstext

Der Landesverband Brandenburg übernimmt den Antrag WP004 auch in sein Wahlprogramm.

Der Antrag wird vorgestellt
Zum Antrag gibt es eine Aussprache.
Es folgen Wortmeldungen zu dem WP001
GO-Antrag auf Schließung der Rednerliste
Keine Gegenrede
Rednerliste ist geschlossen
Schlusswort des Antragsteller

Versammlungsleiter erläutert das der Antrag Modular ist, das heißt das der Antrag wird erst im Gesamten abgestimmt, Falls der Antrag im Gesamten abgelehnt wird können die Module und die einzelnen Untermodule abgestimmt.
Meinungsbild:

Antragstext

„Die Versammlungsleitung schlägt nochmal vor, dass wenn der Antrag im Gesamten abgelehnt wird, dass nur das Modul 4 "Wirtschaft" abgestimmt wird.“

Die Versammlung gibt zu erkennen, dass sie mit dem Verfahren einverstanden ist.
Abstimmung über den Antrag:
Das Modul 4 wird abgestimmt, mit allen Untermodulen
Der Antrag wird mehrheitlich angenommen und damit ist das Modul 4 aus dem WP004 ins Landeswahlprogramm übernommen.

TOP 13.2.2 WP002 - Wahlprogramm der Piraten Brandenburg

Antragstext

Den Antragstext bitten wir hier [Wahlprogramm LVVBB2014 Revision der RKBB](#) zu sehen, da die Darstellung die Möglichkeiten des Antragsportals übersteigen.

(Siehe Anlage 1)

Der Antrag wird vorgestellt Bastian
Zum Antrag gibt es eine Aussprache.
Keine weiteren Redebedarft
Schlusswort des Antragstellers
Abstimmung über den Antrag:
Der Antrag ist einstimmig angenommen

Der Versammlungsleiter erläutert, dass die beiden Anträge WP013 und WP014 konkurrieren
Der Versammlungsleiter schlägt vor, dass die beiden Anträge erstmal vorgestellt werden.

TOP 13.2.3 WP013 - Wahlprogramm der Piraten Brandenburg - Bildungspolitischer Teil

Antragstext

Den Antragstext bitte ich hier [Wahlprogramm LVBB2014 Teil 2 - Revision durch den Antragsteller](#) zu sehen, da die Darstellung die Möglichkeiten des Antragsportals übersteigen.

(Siehe Anlage 2)

TOP 13.2.4 WP014 - Leichte Überarbeitung des beschlossenen Bildungsprogrammes (4 Module)

Antragstext

Hiermit wird beantragt, das bisher beschlossene Wahlprogramm zur Landtagswahl zum Thema

Bildung durch den folgenden Text, der nur relativ geringfügige Änderungen sowie Unterüberschriften und Umsortierungen beinhaltet, zu ersetzen. Dabei soll zunächst über Modul 1 und 3 gemeinsam und dann über Modul 2 und über Modul 4 abgestimmt werden, da die Antragsteller den Text in Modul 2 für entbehrlich halten:

Vorrang für Bildung

● **MODUL 1**

Jeder Mensch ist ein Individuum mit persönlichen Neigungen, Stärken und Schwächen. Bildung soll den Einzelnen unterstützen, eigene Interessen und Fähigkeiten zu entdecken, seine Begabungen zu entfalten und Schwächen abzubauen. Ein gutes Bildungssystem begleitet unsere Kinder auf diesem Weg, indem es an ihrer natürlichen Neugier und ihrem Wunsch zu verstehen anknüpft. Es soll befähigen sich Werte und Wissen eigenständig anzueignen und kritisch zu hinterfragen. Unser Leitbild ist ein verantwortlich und selbstbestimmt handelnder Mensch.

Die Piratenpartei Brandenburg sieht den Staat in der Pflicht

- flächendeckend [1] einen freien Zugang zu Kindertageseinrichtungen und Schulen zu garantieren und die für den Betrieb notwendigen Gelder zur Verfügung zu stellen
14/31 Antragsbuch LPT 2014.1 15/31
- allgemeine Kompetenzstandards zu definieren, welche ausreichend Raum zur Profilbildung der Einrichtungen, sowie für individuelle Schwerpunktsetzungen sicher stellen
- die Qualität aller Bildungseinrichtungen regelmäßig, systematisch und öffentlich zu evaluieren.

Die Piratenpartei Brandenburg befürwortet Selbsteinschätzungen (Selbstevaluationen) der Schulen.

● **MODUL 2**

Die PIRATEN erkennen insbesondere dort, wo der Staat selbst Träger einer Einrichtung ist, oftmals großen Entwicklungsbedarf hinsichtlich der individuellen Förderung und des Qualitätsmanagements. Das kontinuierliche Wachstum freier Träger ist neben fehlendem Geld unter anderem dem mangelndem Qualitätsbewusstsein in einer Vielzahl staatlicher Einrichtungen geschuldet.

● **MODUL 3**

Mehr Handlungsspielräume für Bildungseinrichtungen

Um die Bedeutung jedes einzelnen Kindes zu stärken und Diskussionen um Bildungsqualität vor Ort zu fördern, streben wir im Grundsatz eine Finanzierung des Bildungssektors an, bei welcher das Geld dem Kind folgt. Die staatliche Aufgabe zur Sicherstellung einer Bildungsinfrastruktur im ländlichen Raum bleibt davon unberührt und wird über eine bedarfsdeckende Sockelfinanzierung garantiert. Wir wollen die Handlungsspielräume der einzelnen Einrichtung bei der Qualitätsentwicklung deutlich erweitern und die aktive Auseinandersetzung mit Fragen der Qualität und die Hinwendung zum einzelnen Kind befördern. Für uns heißt das konkret . . .

- mehr Geld für die Bildung. Erhöhung des Bildungsetats um mindestens 25%.
- keine weitere Verbeamtung von Lehrkräften
- Schaffung und Förderung der Möglichkeit zur Umwandlung von öffentlichen Kitas und Schulen in eigenständige Körperschaften, denn dies ist die Voraussetzung um vertragliche Vereinbarungen schließen zu können.
- die Hoheit der staatlichen Bildungs- und Erziehungseinrichtungen über ihr Personal. Die Einrichtungen stellen ihr Personal selbstständig und eigenverantwortlich ein. Einstellungen erfolgen auf Beschluss der Schulkonferenz oder eines analog zur Schulkonferenz gestalteten Kita Ausschusses.
- die Hoheit der Einrichtung über alle Personal-, Sach- und Betriebsmittel. Die Einrichtung erhält ein Globalbudget, welches sie selbstständig und eigenverantwortlich verwaltet.
- eine Finanzierung über ein virtuelles Bildungsguthaben durch das Land. Kitas und Schulen erhalten abhängig vom Alter und ggf. von besonderen Bedarfen einen fixen Betrag pro Kind zur

Deckung ihres Aufwands.

Die Piratenpartei setzt sich für eine vollständige Finanzierung der Schulen durch das Land Brandenburg ein.

Ganztagsschulen

Die Piratenpartei Brandenburg spricht sich für mehr ganztägig aufgebaute Schulen aus. Lernen ist ein individueller Prozess. Ganztagsschulen schaffen den Rahmen für einen entzerrten und rhythmisierten Tagesablauf, welcher den notwendigen Raum für ein an individuellen Bedürfnissen orientiertes Lernen erst ermöglicht. Kindern und Jugendlichen wird die Möglichkeit gegeben ihre individuellen Lernziele mit entsprechenden Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten zu erreichen. Hierbei liegt der Fokus stets darin, sie in ihrer Selbsttätigkeit zu stärken. Alle abgeforderten Leistungen müssen von den Kindern während der Schulzeit erbracht werden können. Schule muss sich den individuellen Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen anpassen können. Dementsprechend ist sie flexibel aufgebaut: zeitlich, räumlich wie auch inhaltlich.

Für gesundes, kostenfreies Schulessen

Eine gesunde Ernährung ist für die Entwicklung eines Kindes wichtig. Essen in Bildungseinrichtungen soll nach Möglichkeit regional eingekauft werden und biologisch nachhaltig produziert sein. Vorrang soll eine frische Zubereitung am Standort unter Beteiligung der Kinder haben. Wissen um Zubereitung und Inhalt des Essens ist heute keine Selbstverständlichkeit mehr und sollte deshalb in Kindertageseinrichtungen und Schulen entsprechend gewürdigt werden. Ansonsten stehen wir für kostenloses Essen an Schulen und Kindertageseinrichtungen ein, um sicher zu gehen, dass jedes Kind mindestens einmal am Tag eine gesunde warme Mahlzeit zu sich nimmt.

Unterrichtsfach Kommunikation und Umgang mit Medien

Kommunikation ist in der vernetzten, immer größer werdenden und sich ständig verändernden Gesellschaft wichtiger denn je. Das fängt vom Umgang mit sozialen Netzwerken an und reicht über Selbst- und Fremdwahrnehmung bis hin zur Kommunikation in Großgruppen. Dabei spielen auch Moderationstechniken und technische Kenntnisse wie der Umgang mit einem Mikrofon eine Rolle. Durch Feedback-Kultur, Rollenspiele, gewaltfreie Kommunikation und Partizipation kann eine konstruktive Kommunikation geübt werden. Wir Piraten in Brandenburg wollen diese Techniken fest als eigenständiges Unterrichtsfach "Kommunikation" in den Schulunterricht integrieren. Dadurch wird auch das Klima an den Schulen positiv beeinflusst werden.

Die Piratenpartei Brandenburg fordert, dass Medienerziehung ab der ersten Klasse Teil eines jeden Lehrplans ist. Der Umgang mit neuen Medien und dem Internet ist privat und beruflich heute für viele Menschen eine Selbstverständlichkeit. Unsere Kinder wachsen bereits in einer multimedialen Welt auf. Nur sind oftmals weder Eltern noch Schule in der Lage, sie auf ihrem Weg angemessen zu begleiten, sie zu stützen und ihnen Orientierung zu geben. Das Wissen um technische Grundlagen und Standardanwendungen sollte ebenso selbstverständlich sein, wie ein sicherer und aufgeklärter Umgang mit dem Netz und seinen Chancen und Risiken. Hierzu zählen insbesondere auch Datensicherheit und Datenschutz, sowie die Reflexion des eigenen Nutzungsverhaltens.

Fortbildung der Lehrkräfte

Lehrkräfte werden durch Fortbildung Multiplikatoren für eine bessere Kommunikation. Zur Qualitätssicherung soll es auf freiwilliger Basis zusätzliche Angebote von Supervision, Coaching und kollegialer Beratung für Lehrkräfte geben.

3D-Drucker

Der Landesverband Brandenburg der Piratenpartei setzt sich für eine Anschaffung der

Infrastruktur für den 3D-Druck in Brandenburgs Schulen ein.

Inklusion als Menschenrecht

Die Piratenpartei setzt sich für das Recht jeden Bürgers ein, an der Gesellschaft teilzuhaben und diese aktiv und frei von Diskriminierung mit zu gestalten. Jeder Mensch wird als verschiedenartig und gleichwertig respektiert. Deshalb spricht sich die Piratenpartei ganz klar für die Umsetzung der Inklusion in allen Lebensbereichen aus. Das Ziel ist für jeden Menschen, anstelle von „Fürsorge“, ein selbstbestimmtes und selbstständiges Leben zu schaffen. In diesem Zusammenhang begrüßt die Piratenpartei die Umsetzung der "inkluisiven Schule", in der jedes Kind mit jedem pädagogischen Bedürfnis teilhaben kann. Jedes Kind soll als Teil der Vielfalt zum gelingenden Unterricht beitragen können. Zur konsequenten Umsetzung der Inklusion fordert die Piratenpartei Brandenburg, dass Schulen zu den Förderschwerpunkten Lernen, emotionale-soziale Entwicklung und Sprache geschlossen und die Schülerinnen und Schüler in Regelschulen eingegliedert werden. Auch Schülerinnen und Schüler mit den Förderschwerpunkten „geistige Entwicklung“, „Hören“, „körperliche und motorische Entwicklung“ und „Sehen“ haben das Recht auf gemeinsamen Unterricht und sollten vorzugsweise in der Regelschule eingeschult werden, wenn diese den Ansprüchen der Förderschwerpunkte gerecht wird. Eine entsprechende Ausstattung bzw. bauliche Anpassungen sind zu fördern und Lehrmittel nach Bedarf durch das Land zur Verfügung zu stellen.

Weitere Voraussetzungen für ein Gelingen von Inklusion sind:

Familien sind umfassend zu informieren, zu beraten und zu begleiten. Hochschulen müssen Veranstaltungsangebote zu Inklusion, Umgang mit Heterogenität und Vielfalt, wie auch zu anderen sonderpädagogischen Inhalten als Standard für ein Studium für zukünftige Lehrkräfte anbieten. Im Blick auf offene Unterrichtsformen, individuelle Förderung aller Kinder und die sonderpädagogischen Förderschwerpunkte bedarf es verstärkter Fortbildung, Beratung und Begleitung der Lehrkräfte und des gesamten anderen Personals. Zusätzliche Stunden für den sonderpädagogischen Förderbedarf werden den Schulen pauschal entsprechend ihrer Gesamtschülerzahl zugewiesen. Die Stunden der Sonderpädagogen dürfen nicht in Vertretungsstunden fließen. Für Vertretungsstunden braucht jede Schule eine ausreichende Grundausrüstung an Lehrpersonal. Die Schülerzahl ist auf 20 Kinder pro Klasse zu begrenzen. Weitere Unterstützungen der Lehrkräfte durch Schülerpraktikanten, Mediatoren, Sozialarbeit am Standort Schule oder andere sind notwendig und sollen sowohl finanziell als auch durch eine aufwertende Öffentlichkeitsarbeit gefördert werden. Kein Schüler darf grundsätzlich aus Unterricht, Klassenzimmer oder Schulleben ausgeschlossen werden, egal ob aus sozialen, materiellen oder anderen Gründen. Die Voraussetzungen für eine faire Umsetzung von Inklusion sind die Einbindung inklusiver Werte, Strukturen und Praktiken in allen Lebensbereichen und die Stärkung der Akzeptanz der inklusiven Leitidee über eine klare Stellungnahme: innerparteilich, wie auch in der Öffentlichkeit.

Die Piratenpartei setzt sich im Rahmen der inklusiven Schule auch für einen individuellen Rechtsanspruch begabter Kinder auf besondere individuelle Förderung ein. Wir setzen uns dafür ein, dass perspektivisch an Schulen Kurse zum Erlernen der deutschen Gebärdensprache (DGS) angeboten werden. Entsprechende Lehrkräfte sollen vom Land ausgebildet werden.

• Modul 4

[1] Kita (30 min zu Fuß/ÖPNV) und Schule (Grundschule 30 min zu Fuß/ÖPNV)

(Anmerkung: der Fußnotenhinweis hinter "flächendeckend" im Modul 1 ist Teil von Modul 4)

Der Antrag wird vorgestellt,

Zum Antrag gibt es eine Aussprache.

Es werden beide Anträge miteinander Abgestimmt

Die Versammlungsleitung erläutert das bitte jede Redner bei einer Wortmeldung

sagen soll zu welchem Antrag er etwas sagen möchte.

Die Wortmeldungen laufen

es gibt keine weiteren Wortmeldungen

Die Antragssteller haben ihr Schlusswort

Meinungsbild:

Antragstext

"Hat das Abstimmungsverhältnis der Anwesenden Stimmberechtigten Piraten einfluss darauf wenn der Antrag nicht Modular abgestimmt wird ?"

Das Meinungsbild geht Positiv ist

Der Aussprache ist geschlossen

Die Versammlungsleitung

Abstimmung über den Antrag:WP0013

12.Stimmen dafür

Abstimmung über den Antrag:WP0014

16.Stimmen dafür

Gesamtabstimmung des WP0013

19.dafür

6.dagegen

Der Antrag hat die 2/3 Mehrheit erreicht und ist damit angenommen

GO-Antrag auf Änderung der TO

Antragstext

"Einfügung der Tagesordnungspunktes Was machen wir Sonntag"

TOP 13.4.1 Was machen wir am Sonntag

Der Antragsteller stellt die Änderung der TO vor

Es findet eine Aussprache statt

Meinungsbild:

Antragstext

"Ob das Landestreffen im Saal des LPT stattfinden soll oder in einer anderen Räumlichkeit?"

Das Meinungsbild geht Positiv aus.

Es geht mit den Programmpunkten weiter

TOP 13.2.5 WP017 - Änderung Bildungspolitisches Programm in Bezug auf Medienerziehung

Antragstext

Der Parteitag möge beschliessen die Absätze des Bildungsprogramms:

"Die Piratenpartei Brandenburg fordert, dass Medienerziehung ab der ersten Klasse Teil eines jeden Lehrplans ist. Der Umgang mit neuen Medien und dem Internet ist privat und beruflich heute für viele Menschen eine Selbstverständlichkeit. Unsere Kinder wachsen bereits in einer multimedialen Welt auf. Nur sind oftmals weder Eltern noch Schule in der Lage, sie auf ihrem Weg angemessen zu begleiten, sie zu stützen und ihnen Orientierung zu geben. Das Wissen um

technische Grundlagen und Standardanwendungen sollte ebenso selbstverständlich sein, wie ein sicherer und aufgeklärter Umgang mit dem Netz und seinen Chancen und Risiken. Hierzu zählen insbesondere auch Datensicherheit und Datenschutz, sowie die Reflexion des eigenen Nutzungsverhaltens.

Unterrichtsfach Kommunikation

Kommunikation ist in der vernetzten, immer größer werdenden und sich ständig verändernden Gesellschaft wichtiger denn je. Das fängt vom Umgang mit sozialen Netzwerken an und reicht über Selbst- und Fremdwahrnehmung bis hin zur Kommunikation in Großgruppen. Dabei spielen auch Moderationstechniken und technische Kenntnisse wie der Umgang mit einem Mikrofon eine Rolle. Durch Feedback-Kultur, Rollenspiele, gewaltfreie Kommunikation und Partizipation kann eine konstruktive Kommunikation geübt werden. Wir Piraten in Brandenburg wollen diese Techniken fest als eigenständiges Unterrichtsfach "Kommunikation" in den Schulunterricht integrieren. Dadurch wird auch das Klima an den Schulen positiv beeinflusst werden.

Fortbildung der Lehrkräfte

Selbstevaluationen (Selbsteinschätzungen) der Schulen und Fortbildung der Lehrkräfte über Kommunikationstechniken wollen wir fördern. Ebenso soll es auf freiwilliger Basis zusätzliche Angebote von Supervision, Coaching und kollegialer Beratung für Lehrkräfte geben." durch folgenden Absatz zu ersetzen:

"Kommunikation und Medienerziehung ist in der vernetzten, immer größer werdenden und sich ständig verändernden Gesellschaft wichtiger denn je. Das fängt vom Umgang mit sozialen Netzwerken an und reicht über Selbst- und Fremdwahrnehmung bis hin zur Kommunikation in Großgruppen. Das Wissen um technische Grundlagen und Standardanwendungen sollte ebenso selbstverständlich sein, wie ein sicherer und aufgeklärter Umgang mit dem Netz oder Moderationstechniken und eine Feedback-Kultur. Wir Piraten in Brandenburg wollen dieses Wissen und Können als festen Bestandteil des Lehrplans ab der 1. Klasse verankern."

Der Antrag wird vorgestellt,
Zum Antrag gibt es keine Aussprache.
Abstimmung über den Antrag:
Der Antrag hat die 2/3 Mehrheit klar erreicht

TOP 13.2.6 WP003 - Attraktive Ansiedlungsbedingungen für Ärzte im ländlichen Raum schaffen

Antragstext

..... die ein Leben auf dem Land attraktiv macht.
Die Piratenpartei wird sich dafür einsetzen, dass attraktive Ansiedlungsbedingungen für Ärzte im ländlichen Raum geschaffen werden.

Der Antrag wird vorgestellt
Ein Sachantrag

Antragstext

"Redaktionelle Änderung :
Der Antrag WP003 soll im Gesundheitspolitische Teil vor Sicherstellung der geburtshilfen Grundversorgung gestellt.Mit der Überschrift "Attraktive Ansiedlungsbedinungen für Ärzte im ländlichen Raum schaffen"
ohne den Antragspassus "....die ein Leben auf dem Land attraktiv macht."

Die Versammlung ist mit der Änderung einverstanden
Zum Antrag findet eine Aussprache statt.
Wortmeldungen laufen
Abstimmung über den Antrag:
Der Antrag wird mit der Redaktionellen Änderung abgestimmt
Der Antrag hat Klar die 2/3 mehrheit erreicht.

TOP 13.2.8 WP005 - BER aufgeben! Nachnutzungskonzept! Neues Standortsuchverfahren!

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich für folgende Punkte ein:

1. Der BER wird als Zentralfughafen am bisherigen Standort Schönefeld Süd aufgegeben. Der Zustand erweist sich als ein planerisches Desaster und finanziell als Faß ohne Boden. Am derzeitigen Standort ist eine nachhaltige Perspektive nicht gegeben.
2. Ein Betrieb als Flughafen soll erfolgen, bis an einem geeigneten Standort ein Zentralflughafen eröffnet wird. Ein weiterer Ausbau wird abgelehnt. Für das Gelände des BER ist mit Bürgerbeteiligung ein nachhaltiges Konzept zur Weiternutzung zu erstellen.
3. Es muss mit maßgeblicher Beteiligung der Brandenburger Bürger ein neues, transparentes und ergebnisoffenes Standortsuchverfahren für einen Zentralfughafen durchgeführt werden.
4. Die Piratenpartei Brandenburg fordert einen echten Untersuchungsausschuss zur Aufarbeitung des BER-Desasters, nach Berliner Vorbild - transparent und bürgernah.
5. Die Piratenpartei Brandenburg fordert eine schlüssige Veröffentlichung aller durch den Flughafenbau und die Verschiebung der Öffnung verursachten öffentlichen Verpflichtungen einschließlich der Schadenersatzaufwendungen sowie eine Aufgliederung, zu wessen Lasten und in welchem Zeitraum die Verpflichtungen abzulösen sind und welche zusätzlichen Belastungen der Steuerzahler Berlins, Brandenburgs und des Bundes bzw. der Flugpassagiere damit verbunden sind.

Der Antrag wird vorgestellt von:

Der Antrag ist von der AG Bau und Verkehrt und Infrastruktur, zusammen mit den Kandidaten zur Landtagswahl gemeinsam verfasst

Der Antrag wird vorgestellt

Die Versammlung stellt nochmal ein Sachantrag vor:

Redaktionelle Änderung des WP005

Alt:

Der BER wird als Zentralfughafen am bisherigen Standort Schönefeld Süd aufgegeben. Der Zustand erweist sich als ein planerisches Desaster und finanziell als Faß ohne Boden. Am derzeitigen Standort ist eine nachhaltige Perspektive nicht gegeben.

Neu:

"Der BER wird als Zentralfughafen am bisherigen Standort Schönefeld Süd aufgegeben. Er ist ein planerisches Desaster und finanziell ein Faß ohne Boden. Am derzeitigen Standort ist eine nachhaltige Perspektive nicht gegeben.

Meinungsbild:

Antragstext

„Wer würde dem Antrag zustimmen?“

Mehrheitlich positiv

Zum Antrag gibt es eine Aussprache.

Abstimmung über den Antrag:

der Antrag hat die 2/3 Mehrheit klar erreicht

TOP 13.2.10 WP006 - Lärmschutz für den BER

Der Antrag ist von der AG Bau und Verkehr und Infrastruktur, zusammen mit den Kandidaten zur Landtagswahl gemeinsam verfasst

Antragstext

Die Piratenpartei Brandenburg fordert, dass die erforderlichen Schallschutzmaßnahmen von einer unabhängigen, paritätisch besetzten Instanz festgelegt werden. Dieses Gremium weist die Flughafengesellschaft an, auf ihre Kosten die Maßnahmen umzusetzen und kontrolliert deren Umsetzung.

Die Schallschutzmaßnahmen sind zügig und in vollem -vom Planfeststellungsbeschluss geforderten- Umfang durchzuführen.

Hierbei sind öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Gesundheitseinrichtungen besonders zu berücksichtigen.

Der Flughafen darf erst eröffnet werden, wenn alle diese Maßnahmen nachweislich umgesetzt oder verbindlich geplant sind. Das Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV) ist von der Landesregierung zu beauftragen, umgehend belastbares Zahlenmaterial zum Immissionsschutz zu erarbeiten bzw. dieses freizugeben. Die Landesregierung wird aufgefordert, den Klarstellungsantrag der Flughafengesellschaft, der auf eine Änderung des Planfeststellungsverfahrens abzielt, vom 19.04.2012 zurückzuweisen.

Der Antrag wird vorgestellt

Zum Antrag gibt es eine Aussprache.

die Wortmeldungen laufen

GO-Antrag auf Schließung der Rednerliste

keine Gegenrede

Abstimmung über den Antrag:

Der Antrag hat die 2/3 Mehrheit klar erreicht

damit ist der Antrag angenommen

TOP 13.2.11 WP007 - Nachtflugverbot für den BER**Antragstext**

Die Piratenpartei Brandenburg fordert aufgrund der erheblichen, gesundheitsgefährdenden Lärmbelastung ein striktes Nachtflugverbot von 22:00 bis 6:00 für den BER (einzige Ausnahmen bilden Rettungsfüge). Sie fordert die Landesregierung auf, umgehend ein entsprechendes Nachtflugverbot zu verfügen.

Der Antrag wird vorgestellt

Zum Antrag gibt es eine Aussprache.

die Wortmeldungen laufen

GO-Antrag auf Schließung der Rednerliste

keine Gegenrede

die Rednerliste ist geschlossen
Der Sachantrag zur Redaktionellen Änderung wird von der VL abgelehnt
Abstimmung über den Antrag:
Der Antrag hat die 2/3 Mehrheit klar erreicht

TOP 13.2.12 WP008 - Keine weitere Landebahn für den BER

Antragstext

Die Piratenpartei Brandenburg spricht sich gegen einen Ausbau des Flughafens BER um eine weitere Start- und Landebahn aus. Sie fordert die Beibehaltung des BER als "Regionalflughafen" gemäß Planfeststellungsbeschluss.

Der Antrag wird vorgestellt
Zum Antrag gibt es eine Aussprache.
Wortmeldungen laufen
GO-Antrag auf Schließung der Rednerliste
Keine Gegenrede
die Rednerliste ist geschlossen
Der Antragssteller hält sein Schlusswort
Abstimmung über den Antrag:
Einstimmig ist die 2/3 Mehrheit erreicht

TOP 13.2.13 WP010 - Änderungsantrag zu "Verkehrspolitik im Land Brandenburg"

Antragstext

Der ursprüngliche, beschlossene, Text möge in folgende Form überführt werden:
Durch die wirtschaftliche Entwicklung, den demographischen Wandel und die Besiedelung in einem Flächenland ergeben sich für den Verkehr in Brandenburg besondere Herausforderungen. Diese können nur durch die Zusammenarbeit aller Beteiligten bewältigt werden. Zu einer nachhaltigen Verkehrspolitik gehört unter anderem der Ausbau klimafreundlicher Verkehrsangebote und die Schaffung städtischer und ländlicher, vor allem flächendeckender Verkehrsinfrastrukturen, welche die Lebensqualität auch für Menschen mit körperlichen Einschränkungen verbessern.
Die Zusammenarbeit über kommunale und regionale Grenzen - auch mit den Nachbarländern - ist dabei zu intensivieren. Die Piraten Brandenburg wollen länder- und staatenübergreifende Nahverkehrsverbindungen fördern.

Der Antrag wird vorgestellt
Der Antragssteller stellt den WP010 vor
Zum Antrag gibt es eine Aussprache.
Wortmeldungen laufen
keine weiteren Wortmeldung
auf das Schlusswort wird verzichtet
Abstimmung über den Antrag:
der Antrag erreicht einstimmig die 2/3 Mehrheit

TOP 13.2.14 WP004 Barrierefreier ÖPNV und WP011 - Änderungsantrag zu "Erforschung und Einsatz alternativer ÖPNV-Modelle" konkurrierend

WP004

Antragstext

Verkehrspolitik:

.... welche die Lebensqualität verbessern.

Der ÖPNV ist generell barrierefrei zu gestalten. Das gilt auch für Subunternehmer, welche die kommunalen Anbieter bei weniger frequentierten Strecken unterstützen (Anrufsammeltaxi und Rufbus).

WP011

Antragstext

Der ursprüngliche, beschlossene, Text möge in folgende Form überführt werden:

Der derzeitige ÖPNV und seine unflexiblen Fahrpläne entsprechen - insbesondere im ländlichen Raum - immer weniger den Bedürfnissen der Bevölkerung.

Die Piraten Brandenburg unterstützen die Erforschung und den vorerst probeweisen, später regelmäßigen Einsatz alternativer ÖPNV-Modelle.

Hierzu gehört zudem die flexible Nutzung kleinerer Fahrzeuge, wie Rufbusse oder Taxis.

Zusätzlich

sollen Möglichkeiten untersucht werden, ob und wie private PKW-Fahrer auf freiwilliger Basis als Leistungserbringer einbezogen werden können. Hierbei sind durch wirksame Maßnahmen bei nicht nur sporadischen Angeboten die Belange von Menschen mit körperlichen Einschränkungen sicherzustellen.

Diese Modelle sind durch Forschungsvorhaben zu begleiten und sollen verstärkt die Möglichkeiten des Internets nutzen.

Die Versammlungsleitung stellt fest, dass WP004 und WP011 konkurrierend sind. Die Anträge werden zunächst gegeneinander approvert und der Gewinner dann zur endgültigen Abstimmung gestellt.

Vorstellung von WP011

Vorstellung von WP004

Zu den Anträgen gibt es eine Aussprache.

die Wortmeldungen laufen

GO-Antrag auf Schließung der Rednerliste

Keine Gegenrede

Gegenrede

die Rednerliste ist geschlossen

Schlusswort des Antragsteller von WP0011 und Schlusswort WP004

Vorabstimmung über die Anträge WP0011

5 Stimmen

Vorabstimmung über den Antrag WP004

18 Stimmen

Endabstimmung des WP004

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen

TOP 13.2.15 WP012 - Poker

Antragstext

Die Piraten Brandenburg setzen sich dafür ein Poker als Strategiespiel anzuerkennen. Wir sind für eine Legalisierung des Live- und Onlinepokerspiels unter klar definierten Regeln deswegen sind wir für die Schaffung einer Kommission zur Ausarbeitung entsprechender Gesetze und Lizenzbedingungen. Die Lizenzen müssen für Gastwirte und Veranstalter erschwinglich und rentabel sein. Alle Angebote in diesem Bereich müssen mit Qualifiziertem und von Casinos Ausgebildetes Personal durchgeführt werden. Die staatlichen Casinos müssen dafür in die Pflicht genommen werden Auszubilden und regelmäßig zu qualifizieren.

Der Antrag WP012 wird vorgestellt
Zum Antrag gibt es eine Aussprache.
Wortmeldungen laufen
Meinungsbild:

Antragstext

"Wer in der Versammlung kann dem Antrag zustimmen?"

das Meinungsbild fällt mehrheitlich negativ aus
Wortmeldung zum WP0012 laufen weiter
GO-Antrag auf Schließung der Rednerliste
Formale Gegenrede
Abstimmung über den GO Antrag
der GO-Antrag ist mehrheitlich angenommen
die Rednerliste geschlossen
Die Versammlungsleitung erläutert den weiteren Zeitplan
"Es stehen weitere Programmanträge noch zur Abstimmung, und danach wird eine
15-minütige Pause vorgeschlagen, die weitere Diskussion über den WP015 könnte dann
in dieser Pause erledigt werden."
letzter Wortbeitrag
Schlusswort des Antragstellers
Abstimmung über den Antrag WP012
die 2/3 Mehrheit ist klar verfehlt und damit abgelehnt

TOP 13.2.16 WP015 - Seniorenbetreuung für Brandenburg

WP015 und WP016 sind inhaltsgleich
der Antrag WP015 wird übernommen
Es folgt eine Aussprache zu dem WP015

Antragstext

Die Piraten Brandenburg fordern, dass ab dem Jahr 2014 in mindestens jeder 2. Gemeinde eine Seniorenbetreuung (1 bis 2 Mitarbeiter, je nach Größe) installiert wird, die sich um die Belange der älteren Menschen kümmert. Diese Seniorenbetreuung soll z.B. Veranstaltungen für und mit Senioren organisieren, bzw. Senioren zu Terminen begleiten, beraten oder ihnen bei Anträgen oder sonstigen Erledigungen behilflich sein.

Der Antrag wird vorgestellt
Zum Antrag gibt es eine Aussprache.
Wortmeldung zum Antrag
Abstimmung über den Antrag:

mehrheitlich ablehnt

TOP 13.2.17 WP016 - Seniorenbetreuung für Brandenburg

Der Antrag ist Inhaltlich gleich mit dem WP0015

TOP 13.2.18 WP018 – einheitliche gesetzliche Haftpflicht für Hebammen

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen folgenden Text an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm aufzunehmen:

„... Hebammen nehmen in unserer Gesellschaft eine bedeutende Rolle ein, sie sind zumeist der erste Ansprechpartner in der Geburtshilfe und betreuen die Familien noch lange über die Geburt hinaus. Trotz der großen Wertschätzung in der Bevölkerung werden Hebammen bereits jetzt zu schlecht bezahlt. Zusätzlich werden sie durch die immer größer werdenden Kosten der Berufs-Haftpflicht belastet. Durch den angekündigten Ausstieg eines Versicherers aus dem letzten Versicherungskonsortium für Hebammen droht nun das komplette Aus für den gesamten Berufsstand. Die Piraten Brandenburg fordern deswegen eine einheitlich gesetzliche Haftpflichtversicherung für alle Hebammen. Diese soll sich an der individuellen Einkommenssituation orientieren. Nur so kann gewährleistet werden, dass Hebammen weiterhin neben der ärztlichen Betreuung den engen Kontakt zu den Familien aufrecht erhalten und mit Rat und Tat zur Seite stehen können. ...“

Der Antrag wird vorgestellt

Keine Aussprache zu dem Antrag

Keine Schlusswort des Antragssteller

Der Antrag ist einstimmig angenommen und hat die 2/3 Mehrheit angenommen

Der Versammlungsleiter unterbricht die Versammlung

Pause bis:16:35 Uhr

Die Versammlung wird fortgesetzt

Anträge zur Änderung der Tagesordnung

Antragstext

"Nach den Wahlprogrammanträgen sofort den X010 zu behandeln"

es gibt eine formelle Gegenrede

Abstimmung über die Änderung der Gegenrede ist abgelehnt

Abstimmung auf Änderung der Tagesordnung

Antragstext

"Erst die Positionspapiere und danach die Sonstigen Anträge behandelt werden"

Mehrheitlich angenommen

Abstimmung zur Änderung der TO

die Positionspapiere werden vor den Sonstigen Anträgen behandelt

Abstimmung über ein neues Positionspapier Q004 - Hauptamtliche Seniorenbeauftragte
mehrheitlich angenommen
mehrheitlich angenommen

TOP 14 - Positionspapiere

TOP 14.1 Positionspapier Q001 Energieleitbild 2034 und Q002 Zukunft(s) Land Brandenburg

Q001 und Q002 werden gemeinsam vorgestellt
Es gibt kein Aussprachebedarf#
Q001 deutlich mehrheitlich angenommen
Q002 deutlich mehrheitlich angenommen

TOP 14.2 Positionspapier Q003 Modernes Abi

Antragstext

Q003 wird vorgestellt
Es gibt eine Aussprache
GO-Antrag auf schließung der Rednerliste
keine Gegenrede
die Rednerliste ist geschlossen
die Letzte Wortmeldung in dieser Aussprache
kein Schlusswort
Abstimmung über den Q003
Einfache mehrheit ist erreicht

TOP 14.3 Positionspapier Q004 Hauptamtliche Seniorenbeauftragte

Antragstext

"Der Landespartei möge beschließen:
Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass die Seniorenbeauftragten laut Kommunalverfassung ab
des kommenden Legislatur in Vollzeit und versicherungspflichtig beschäftigt werden müssen.
Gleiches gilt für alle Beauftragten in den Kommunen gelten.

18 dafür
12 dagegen
mehrheitlich angenommen
Die Versammlungsleitung stellt ein Änderung der TO vor

Antragstext

"X0014 Versandt der Mitgliedsausweise durch den Bundesverband "

Keine Gegenrede
Abstimmung über die Änderung der Tagesordnung

die Versammlung stimmt dem mehrheitlich zu
Es wird ein neuer TOP eingefügt innerhalb der Sonstigen Anträge

Der Antrag Q004 Hauptamtliche Seniorenbeauftragte wird vorgestellt
Es findet eine Aussprache zum Q004 statt
Wortmeldungen zu Q004
GO-Antrag zur Schließung der Rednerliste
keine Gegenrede
die Rednerliste geschlossen
Schlusswort durch den Antragsteller
Abstimmung über den Q004 Hauptamtliche Seniorenbeauftragte
Es wird ausgezählt
18 Stimmen dafür
12 Stimmen dagegen
mehrheitlich angenommen

TOP 15 - Sonstige Anträge

TOP 14.1 X001 - Keinen Datenpool schaffen

Antragstext

Der Landesverband Brandenburg lehnt es ab, Mitgliederdaten in einem Datenpool zu sammeln.

Der Antrag X001 wird vorgestellt
Es findet eine Aussprache statt
Wortmeldungen zum X001
GO Antrag auf ein Meinungsbild:

Antragstext

"Wird die Versammlung dem Antrag zustimmen?"

das Meinungsbild fällt negativ aus
die Aussprache zum Antrag X001 geht weiter
GO-Antrag auf Schließung der Rednerliste
keine Gegenrede
die Redeliste ist geschlossen
Ende der Beratung
Schlusswort des Antragsteller's
Abstimmung über den Antrag:
die einfache Mehrheit ist nicht erreicht,
der Antrag ist nicht angenommen

TOP 14.2 X002 - Beitragseinzug durch den Landesverband

Antragstext

Der Landesverband Brandenburg ist und bleibt selbst für den Einzug der Mitgliedsbeiträge zuständig.

Der Antrag wird vorgestellt
Zum Antrag gibt es eine Aussprache statt
Wortmeldungen zum X002 laufen
1.GO-Antrag auf Schließung der Rednerliste
keine Gegenrede
die Rednerliste ist geschlossen
Schlusswort des Antragsteller´s
Abstimmung über den Antrag:
die Erforderliche einfache Mehrheit ist nicht erreicht
der Antrag ist abgelehnt

TOP 14.3 X003 - Einrichtung einer ständigen Redaktionskommission

Antragstext

Der Landesverband Brandenburg beschließt die Einsetzung einer ständigen Redaktionskommission zur Überarbeitung des Grundsatz- und Wahlprogramms.

Der Antrag X003 wird vorgestellt
Zum Antrag X003 gibt es eine Aussprache.
Wortmeldungen laufen
keine weiteren Wortmeldungen
Schlusswort des Antragssteller
Abstimmung über den Antrag X003
es muss ausgezählt werden

11.Stimmen dafür
9. Stimmen dagegen

der Antrag hat die Einfache Mehrheit nicht erreicht
der Antrag ist abgelehnt

TOP 14.4 X004 - Unterstützung der internationalen Koordination

Antragstext

Der Landesverband Brandenburg unterstützt die Arbeitsfähigkeit der PPI und PPEU.

Der Antrag wird vorgestellt
Zum Antrag X004 gibt es eine Aussprache.
Wortmeldungen zum X004 laufen
keine weiteren Wortmeldungen zu erkennen,
Schlusswort des Antragstellers

es muss ausgezählt werden

8.Stimmen dafür
10.Stimmen dagegen

der Antrag hat die einfache Mehrheit nicht erreicht und ist daher abgelehnt

TOP 14.6 X006 - Unfallversicherung abschließen

Antragstext

Es ist eine Ehrenamtsversicherung abzuschließen, damit alle Aktiven bei der Ausübung Ihrer Tätigkeiten unfallversichert sind.
Die Umsetzung erfolgt durch den Landesvorstand.

Der Antrag X006 wird vorgestellt

Zum Antrag gibt es eine Aussprache.

Aussprache ist beendet

Schlusswort des Antragssteller

Abstimmung über den Antrag:

der Antrag hat die einfache Mehrheit nicht erreicht und ist daher abgelehnt

TOP 14.8 X008 - Barrierefreie Veranstaltungen der PIRATEN Brandenburg

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschliessen:
Alle Landesparteitage der PIRATEN Brandenburg sind barrierefrei zu organisieren.

Der Antrag X008 wird vorgestellt

GO-Antrag zur schließung der Rednerliste

keine Gegenrede

Zum Antrag gibt es keine Aussprache.

Abstimmung über den Antrag:

einstimmig angenommen

TOP 14.9 X009 - Ablehnung von Gewalt und Gewaltverherrlichenden Aktionen

Antragstext

Wir Brandenburger Piraten distanzieren uns von allen Gewalt und Gewaltverherrlichenden Aktionen und verurteilen Sie auf das schärfste. Da für uns Gewalt von einzelnen oder Gruppen in keinem Fall eine politisches Mittel oder eine Lösung darstellt. Wir beauftragen hiermit unsere Landesvorstände zeitnah innerhalb von maximal 48 Stunden auf solche Situationen, in die Mitglieder unserer Partei verwickelt sind, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu reagieren und unsere Positionen dazu klar und unmissverständlich zu vertreten.

Der Antrag X009 wird übernommen

er wird vorgelesen

Zum Antrag X009 gibt es eine Aussprache.

Wortmeldungen zum Antrag X009

GO-Antrag zur Schließung der Rednerliste

keine Gegenrede

die Rednerliste ist geschlossen
Stellung eines Sachantrages :Redaktionelle Änderung

Alt

"Wir beauftragen hiermit unsere Landesvorstände zeitnah innerhalb von maximal 48 Stunden auf solche Situationen, in die Mitglieder unserer Partei verwickelt sind, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu reagieren und unsere Positionen dazu klar und unmissverständlich zu vertreten."

Neu

"Wir beauftragen hiermit unsere Landesvorstände zeitnah auf solche Situationen, in die Mitglieder unserer Partei verwickelt sind, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu reagieren und unsere Positionen dazu klar und unmissverständlich zu vertreten."

Alt

"mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu reagieren und unsere Positionen dazu klar und unmissverständlich zu vertreten."

Neu

"mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu reagieren und unsere Positionen dazu klar und unmissverständlich zu vertreten."

Meinungsbild:

Antragstext

„Wer würde diesen Antrag annehmen?“

Meinungsbild eindeutig negativ
Abstimmung über den Sachantrag
mehrheitlich dagegen
Abstimmung über den Antrag X009 ohne Redaktionelle Änderung
mehrheitlich abgelehnt

TOP 14.10 X010 - Themenauswahl zur Landtagswahlkampagne (Approval Voting)

Antragstext

Der Parteitag möge beschließen, dass die Beschränkung auf drei Themen für die Kampagne zur Landtagswahl die folgenden Themenkomplexe sind:

- a.) Bauen, Verkehr und Infrastruktur
- b.) Bildung, Jugend und Sport
- c.) Gesundheit und Pflege
- d.) Transparenz
- e.) Demokratie und Bürgerbeteiligung
- f.) Bürgerrechte und Datenschutz
- g.) Umwelt und Energie
- h.) Inneres
- i.) Sozialpolitik

j.) Suchtpolitik
k.) Wirtschaftspolitik
l.) Haushalt und Finanzen m.) Flughafen BER
n.) Demographischer Wandel
(Bitte die Alternativen mit Approval-Voting gegeneinander abstimmen.)

Der Antrag wird vorgestellt
der Antrag wird übernommen
Versammlung unterbricht der Versammlung kurz zur Klärung einer Formalen Frage
Abstimmung über den Antrag
Die Versammlung beauftragt die TF Wahlkampf und die Kandidierenden die 3
thematischen Schwerpunkte zum Landtagswahlkampf festzulegen.
einstimmig positiv
Antrag auf Änderung der TO auf Übernahme des Meinungsbildes als sonstigen Antrag
X015 in die TO.
einstimmig dafür

TOP 14.10 X015 - Beauftragung der Kandidaten durch den Landesparteitag

Antragstext

"Die Versammlung beauftragt die TF Wahlkampf und die Kandidierenden die 3 thematischen Schwerpunkte zum Landtagswahlkampf festzulegen."

dieser Antrag ist konkurrierend mit dem X010
sie werden untereinander abgestimmt.
Antrag auf Schließung der Redeliste.
Keine Gegenrede und damit angenommen
Approval über die nun konkurrierenden Anträge X015 und X010
Mehrheitlich für die Abstimmung über X015
X015 wird mehrheitlich angenommen

TOP 14.11 X011 - legitime Protestformen: Sit-ins und (Sitz-)blockaden

Antragstext

Sit-ins und (Sitz-)Blockaden anerkennen wir als legitime Protestform mit langer Tradition und sehen ihn ihnen an sich keine Gewalthandlung.

Der Antrag wird vorgestellt
dieser Antrag wurde Übernommen
Zum Antrag gibt es eine Aussprache.
Abstimmung über den Antrag:
dieser Antrag hat die erforderliche Mehrheit erreicht

TOP 14.12 X012 - Lizenzen anpassen

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:
Die Lizenzen des Landesblogs und des Landeswikis werden auf die neue Creative Commons Lizenz - Version 4.0 - Namensnennung, Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International (CC BY-SA 4.0) <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de> umgestellt. Die neue Lizenz gilt auch für bereits bestehende Inhalte und Werke ohne explizite Lizenzangabe.

der Antrag wurde Übernommen
Der Antrag wird vorgestellt
Zum Antrag gibt es eine Aussprache.
Antrag auf Schließung der Redeliste.
Keine Gegenrede und damit angenommen
Abschlussworte
Meinungsbild
"

Abstimmung über den Antrag:
mehrheitlich dafür angenommen

TOP 14.13 X013 - Ankündigungsfrist von Landesparteitagen

Antragstext

"Der Landesvorstand wird aufgefordert, mindestens sechs Wochen vorher den Termin des Parteitages verbindlich anzukündigen"

GO-Antrag auf Schließung der Redeliste.
Keine Gegenrede - angenommen
Schlusswort des Antragsteller
Abstimmung des Antrages X013
mehrheitlich angenommen

TOP 14.14 X014 – Versand der Mitgliedsausweise durch den Bundesverband

Antragstext

Vorstellung des Antrages durch den Antragssteller
Aussprache zu dem Antrag läuft
GO-Antrag auf schließung der Redeliste
keine Gegenrede
Rednerliste ist geschlossen
Abschlusswort des Antragsteller´s
mehrheitlich angenommen
GO-Antrag auf Änderung zur Streichung der TOP 16
Diskussion zur Kandidaturen

TOP 17 - Sonstiges

Nadine informierte über den Workshop
Rene stellt die Verfassungsklage aus dem KV HVL
Danksagungen der VL an dem Orgateam

TOP 18 - Schließung der Sitzung

Die Versammlungsleitung schließt den Parteitag um 19:34 Uhr
Danke